



wohnbau^{genossenschaften} schweiz
verband der gemeinnützigen wohnbauträger
coopératives d'habitation Suisse
fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique
cooperative d'abitazione svizzera
federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

WOHNEN
SCHWEIZ

Verband der Baugenossenschaften
Fédération des Coopératives de Construction

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 13. Juni 2024

Trotz Wohnungsknappheit und Aktionsplan kürzt der Bund den Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus die Mittel

Kürzung statt Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus geplant

Im Aktionsplan Wohnungsknappheit, der erst letzte Woche vom Bundesrat bekräftigt wurde, ist noch von einer Stärkung der gemeinnützigen Bauträger die Rede. Nun droht das Gegenteil. Die beiden Dachverbände für den gemeinnützigen Wohnungsbau, Wohnbaugenossenschaften Schweiz und WOHNEN SCHWEIZ, sind sehr irritiert über die Kürzungsabsichten des Bundes beim gemeinnützigen Wohnungsbau.

Am Runden Tisch zur Wohnungsknappheit waren sich alle vertretenen Akteure einig, dass nicht nur mehr Wohnungen gebaut werden müssen, sondern insbesondere mehr preisgünstiger Wohnraum entstehen soll. Eine zentrale und breit getragene Massnahme aus dem Aktionsplan ist deshalb die Stärkung der bestehenden Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch den Bund.

Kürzungen geplant

«Angesichts der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt ist es unverständlich, dass der Bund die Beiträge an die Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus kürzen will», sagt Urs Hauser, Direktor von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. Konkret sollen die Bundesbeiträge an die Verbände für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ab nächstem Jahr um rund 20 Prozent reduziert werden. Adrian Achermann, Geschäftsführer von WOHNEN SCHWEIZ ergänzt: «Mit den geplanten Kürzungen werden diejenigen bestraft, die einen entscheidenden Beitrag zur Entspannung der latent bestehenden Wohnungsknappheit leisten: die den beiden Dachverbänden angeschlossenen gemeinnützigen Wohnbauträger.»

Sparauftrag hat sich überholt

Das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) begründet die Kürzung der Leistungsverträge mit den Verbänden mit einem Bundesbeschluss von 2018. Dieser verlangt vom BWO, dass es seinen Funktionsaufwand bis 2025 um 25 Prozent reduziert. Seit dem Jahr 2018 hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt jedoch grundlegend verändert. Damals kletterten die Leerstandsquoten in die Höhe. Nun ist das Gegenteil der Fall – es droht eine Wohnungsknappheit und die Mietzinse steigen massiv an. «Der Sparauftrag ist eigentlich überholt; trotzdem plant der Bund nach wie vor auf der Basis der Situation von 2018. Das ist schwer nachvollziehbar», erklärt Urs Hauser.

Die Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind wichtige Partner bei der Umsetzung des Aktionsplans und unterstützen den Bund in der Umsetzung seines Wohnraumförderungsauftrags. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Weiterentwicklung und zur Professionalisierung der Branche, etwa mit Weiterbildungsangeboten und Beratungen. Auch leisten sie einen grossen Effort, um den gemeinnützigen Wohnungsbau in den verschiedenen Regionen und Landesteilen der Schweiz voranzutreiben. Diese niederschwelligen Dienstleistungen werden teilweise über die Leistungsvereinbarungen des Bundes finanziert. Mit den angekündigten Kürzungen müssten die Angebote redimensioniert werden. Diese Entwicklung widerspricht den kommunizierten Zielen des Aktionsplanes und dem akuten Handlungsbedarf im Wohnungsmarkt.



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

**WOHNEN
SCHWEIZ**

Verband der Baugenossenschaften
Fédération des Coopératives de Construction

Interpellation eingereicht

Vor diesem Hintergrund hat der Zuger FDP-Ständerat Matthias Michel diese Woche eine [Interpellation](#) eingereicht. Er will vom Bundesrat wissen, wie die beabsichtigte Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus mit der Kürzung der Leistungsverträge kompatibel ist. «Wir sind sehr froh für diese Unterstützung aus der Politik», zeigt sich Adrian Achermann erfreut, und betont: «Die beiden Dachverbände unterstützen Bauträger, die bezahlbaren Wohnraum schaffen. Allfällige Kürzungen wären in der aktuellen Situation definitiv kontraproduktiv!»

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von 1275 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 170'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch, info@wbg-schweiz.ch

Pressekontakte

Urs Hauser, Direktor: 044 360 26 64, urs.hauser@wbg-schweiz.ch

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch

WOHNEN SCHWEIZ steht, als bürgerlich-liberal ausgerichteter Verband der Baugenossenschaften, für eine nachhaltige Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus im Sinne einer Hilfe zur eigenverantwortlichen Selbsthilfe ein. Neben der Beratung und Interessenvertretung der angeschlossenen gemeinnützigen Bauträger unterstützt WOHNEN SCHWEIZ auch Gemeinden, Genossenschaften und Stiftungen bei der Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum für alle Generationen sowie Gründung von gemeinnützigen Wohnbauträgern.

Medienkontakt

Adrian Achermann, Geschäftsführer: 079 211 09 44, adrian.achermann@wohnen-schweiz.ch

Reto Martinelli, Medienkoordination: 079 451 10 52, reto.martinelli@wohnen-schweiz.ch